

## Mehr Freiheit für Freie Berufe Hohe Erwartungen an die neue Bundesregierung

Hohe Erwartungen setzen die Freien Berufe in Bayern in die neue Bundesregierung. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Wahlkampf angekündigten Reformen dürfen nach Ansicht von Dr. Wolfgang Heubisch, Präsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern (VFB), „nicht auf dem Altar des kleinsten gemeinsamen Nenners in der neuen Koalition geopfert werden“. Heubisch fordert mehr Freiheit für die Freien Berufe.

Der Verband hatte seine Erwartungen an die neue Bundesregierung schon in seinen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl formuliert. Dabei forderte der VFB unter anderem, die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte durch eine Verfassungsänderung zu stoppen. In einer umfassenden Steuerreform müssten Einkommensteuersätze gesenkt, Steuervergünstigungen abgebaut, und steuerliche Gleichbehandlung von Personengesellschaften und Körperschaften erreicht werden.

Außerdem wurde eine Reform des Gesundheitswesens angemahnt, wobei sich der VFB gegen die Bürgerversicherung und für das Prämienmodell in der Gesetzlichen sowie das Kapitaldeckungsprinzip in der Privaten Krankenversicherung ausspricht. Auf dem Forderungskatalog der Freiberufler stehen auch eine Novellierung des Kündigungsschutzes, eine Reform der Verwaltung und das Thema Deregulierung.

Der Ausbau der berufsständischen Selbstverwaltung könne einen wesentlichen Beitrag zur Entstaatlichung leisten. Präsident Dr. Wolfgang Heubisch in einem Appell an die neue Bundesregierung: „Deutschland leidet unter zuviel Staat. Regulierung und Besteuerung in allen Lebenslagen haben ein Maß erreicht, das Eigenverantwortung und Unternehmensgeist erdrückt.“ Die Freien Berufe stünden hingegen für ein Gesellschaftsmodell, das Leistung und Verantwortung ebenso

in den Mittelpunkt stelle wie Hilfe und persönliche Zuwendung. Heubisch kündigte an, die neue Bundesregierung dort zu unterstützen, wo sie auf Deregulierung, Selbstverantwortung und Innovation setzt. „Wir werden sie dort kritisieren, wo sie den Weg zu noch mehr Staat, mehr Regulierung und höheren Abgabenbelastungen beschreitet.“

Der Präsident der Bundesverbände der Freien Berufe (BFB), Dr. Ulrich Oesingmann, forderte die neue Bundesregierung zum Dialog auf und kritisierte, dass die Freien Berufe „mit ihren positiven besonderen Eigenschaften“ in der Koalitionsvereinbarung keine besondere Erwähnung erfahren hätten. Dennoch wolle der BFB der neuen Regierung „mit ausgestreckter Hand und guten Argumenten sowie unserem geballten Sachverstand bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgaben zur Seite stehen“.

Die eigentliche Bewährungsprobe für die große Koalition sieht Dr. Heubisch in der Reform der sozialen Sicherungssysteme. „Auch wenn sich viele Menschen damit schwer tun: Nur eine Erneuerung von Grund auf gibt den sozialen Sicherungssystemen Zukunft.“ Dabei dürfe Deutschland nicht weiter Schulden machen zu Lasten künftiger Generationen. Nicht nur die Umweltpolitik, sondern auch die Finanzpolitik müsse auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Anerkennend bewertet der Verband den Willen der Koalitionsparteien, auf dem Weg der Konsolidierung des Staatshaushaltes wichtige Zukunftsinvestitionen, zum Beispiel bei Forschung und Innovation, nicht aus dem Blick zu verlieren. „Wir anerkennen auch die im Koalitionsvertrag angedeuteten Maßnahmen zur Entlastung des Mittelstandes, zum Beispiel im Arbeitsrecht.“ Die Arbeit im VFB werde aber mit einer großen Koalition nicht einfacher, so Heubisch.

### Besuch im Europäischen Parlament: Bayerische Freiberufler in Brüssel



Ingo Friedrich, MdEP (CSU), Dr. Wolfgang Heubisch und Eberhard Sinner (CSU), ehemaliger Europa-Minister und jetziger Chef der Bayerischen Staatskanzlei (v. li.).

Vertreter der Bayerischen Heilberufekammern und des Verbandes Freier Berufe in Bayern (VFB) informierten sich in Brüssel bei CSU-Europa-Abgeordneten über die Dienstleistungs-Richtlinie. Auch der damalige Europa-Minister und jetzige Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Eberhard Sinner, stellte sich der Diskussion mit den Präsidenten und Geschäftsführern von Ärzte-, Zahnärzte-, Apotheker-, Tierärzte- und Psycho-

therapeutenkammer. Dabei warb Sinner dafür, nicht nur mögliche Gefahren, sondern auch die Chancen grenzüberschreitender Leistungserbringung zu sehen. Europa bekenne sich zum Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb. „Dazu gehören der freie Dienstleistungsverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit, die nach Maßgabe der Verfassung gewährleistet werden“.

Im Internet sind unter [www.freieberufe-bayern.de](http://www.freieberufe-bayern.de) immer aktuell Nachrichten aus dem Verband Freier Berufe in Bayern e. V. und seinen Mitgliedsverbänden zu finden. Der Newsletter des Verbandes kann auch als E-Mail abonniert werden.